

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeltungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Telephone: Amt Norden, 4268, Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8-9 - Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten

Kollegen! Das alte Jahr ist zu Ende! In allen Mitgliedschaften ist jetzt eine gewissenhafte Kontrolle aller Mitgliedsbücher vorzunehmen. Restanten sind auf die statutarischen Folgen versäumter Beitragszahlung hinzuweisen und zu ermahnen, in dieser ersten Zeit ihren Pflichten gegen den Verband regelmäßig nachzukommen. Das Verbandsbuch muß unbedingt völlig geordnet werden! Das ist Ehrensache für jedes Mitglied, schon im Hinblick auf unsere Kollegen im Felde, die bei ihrer Heimkehr erwarten, den Verband schlagfertig wiederzufinden.

Inhalt.

Hauptteil: Kollegen! Das alte Jahr ist zu Ende! Bekanntmachungen. Der Krieg und die Unternehmerverbände. Rundschau. - **Allgemeines:** Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914. Ortsberichte: Chemnitz, Mannheim. - **Feuilleton:** Der Kalender der Arbeiterschaft. Anzeigen. Opfer des Krieges.

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gavourstände
sandten wir unser Rundschreiben nur Nr. 38 vom 31. Dezember, welches sehr wichtige Mitteilungen enthält. Außerdem sandten wir den Orts- und Gavourständen in zwei Sendungen eine Menge Material, u. a. Berichtskarten für das Reichs-Statistische Amt, die neuen Abrechnungsformulare usw. Sollten in einer Mitgliedschaft diese Sendungen nicht angekommen sein, so bitten wir, uns sofort Mitteilung zu machen, damit wir dieses Material noch einmal zusenden können.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Der Krieg und die Unternehmerverbände.

In zahllosen Zeitungsartikeln und Broschüren ist die Frage behandelt worden, welchen Einfluß der Krieg auf die Arbeiterorganisationen ausüben werde. Verhältnismäßig wenig aber war bisher davon die Rede, wie der Krieg auf die Grundstellung der Unternehmerverbände einwirken wird. Sehr willkommen ist daher eine Abhandlung, die unter dem Titel »Die Unternehmerorganisationen im Kriege« im Septemberheft des Jafféschen »Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« erschien und von der ein Sonderabdruck als Broschüre herausgegeben wurde.

Über die äußeren Einflüsse des Krieges auf die Unternehmerorganisationen erfährt man auch aus dieser sehr fleißig und vor allem objektiv bearbeiteten Übersicht nicht viel. Die Organe der Arbeitgeberverbände haben es im Kriegsjahr noch weniger als sonst für notwendig gefunden, von ihren Geschäftsergebnissen etwas Wesentliches zu berichten. Dem 2. Sonderheft des »Reichsarbeitsblattes« hat man entnehmen können, daß im Jahre 1914 vor Beginn des Krieges 3670 Arbeitgeberverbände gezählt wurden (gegen 3431 im Jahre 1913), von denen 121 (111) Reichs-, 509 (511) Landes- oder Bezirks- und 3040 (2809) Ortsverbände waren. Die Zahl der Mitglieder betrug 167 673 (145 207) mit 4 841 217 (4 641 316) beschäftigten Arbeitern. Wie sich diese Ziffern während des Krieges gestaltet haben, ist noch nicht bekannt. Naturgemäß sind sie keinen so großen Veränderungen unterworfen wie die Ziffern der Arbeiterorganisationen.

Für die Unternehmerverbände bedeutet der Krieg eine Ruhepause. Mit ziemlich un-

verändertem Mitgliederstand, Vermögen und unveränderter Organisationstätigkeit werden sie in die Zeit des Friedens eintreten, und schon dadurch wird sich, wie die Abhandlung darlegt, ihre Position gegenüber den Gewerkschaften automatisch verbessern. Während die Gewerkschaften genötigt sind, die verfügbaren Mittel, ihren unterstützungsbedürftigen Mitgliedern und deren Angehörigen zuzuführen, stellen die Unternehmer an ihre Organisationen während des Krieges nur geringe finanzielle Anforderungen. Namentlich die Beiträge für die Streikentschädigungsgesellschaften werden bei dem nahezu vollständigen Ruhen der wirtschaftlichen Kämpfe nicht in Anspruch genommen. Nur der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat seine Streikentschädigungskasse in eine Kriegsunterstützungskasse umgewandelt. Die Beteiligung der Unternehmerverbände an den Vorarbeiten für die Sicherung der Beschäftigung von Kriegsinvaliden, die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zwecks Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen, die soziale Fürsorge für die arbeitslos gewordenen oder zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter, die lückenhaft genug ausfiel, ändert nichts am Charakter der Unternehmerverbände. Keinesfalls darf man in diesen Erscheinungen Ansätze zu einer Entwicklung erblicken, in welcher sich das Arbeitsverhältnis wieder in patriarchalischer Richtung ausgestalten würde. Im Gegenteil: Der Interessenswiderstreit zwischen Unternehmer und Arbeiter wird an Schärfe zunehmen.

Zum Vorteil gereicht es den Unternehmerverbänden, daß die Tendenzen zur Kartellierung durch die zahlreichen Organisationen für Kriegslieferungen verstärkt worden sind. Nahezu die ganze Industrie wird beherrscht durch Gesellschaften, die teilweise unter Mitwirkung behördlicher Stellen zustande kamen, weil diese bei Vergebung von Aufträgen lieber mit Organisationen als mit einzelnen Unternehmern arbeiten. Die so geschaffenen Vereinigungen entwickeln sich zu Verbänden, die die Funktionen von Arbeitgeberorganisationen ausüben und insbesondere Lohnforderungen der Arbeiter entgegenreten. Den Einfluß der in dieser Weise gestärkten Unternehmerverbände werden die Arbeiter zu spüren bekommen, wenn die große Preisrevolution, die der Krieg gebracht hat, ihre Folgewirkung auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter erstrecken wird. Dann erwächst für die zurückflutende Arbeiterschaft die Aufgabe, die Lohnhöhe mit dem neuen Preisstand, der mit geringen Senkungen bestehen bleiben dürfte, in Einklang zu bringen. Schon in der Kriegszeit sind die

Unternehmerzeitungen ängstlich bei dem Gedanken, daß die Lohnerhöhungen in den Heereslieferungsbetrieben von Dauer sein könnten. So wandte sich die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« gegen Lohnerhöhungen in der Militäreffektenindustrie mit dem Erfolg, daß die Heeresverwaltung neugegründete Betriebe, die mit erhöhten Löhnen gelernte Arbeiter anziehen suchten, wegen unlauteren Wettbewerbs von Lieferungen auszuschließen drohte. Der Kriegs-Lederausrüstungsverband beschloß, daß mehr als 30 Proz. Zuschlag zu den Löhnen vor dem Krieg nicht bezahlt werden dürfe und stellte für Verstöße gegen diesen Beschluß Strafe und Ausschuß in Aussicht. Auch gegen Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft, von denen bisher noch recht wenig bekannt geworden ist, nahm die »Arbeitgeberzeitung« Stellung, indem sie an die Behörden appellierte, eine solche »ungesunde« Entwicklung zu hemmen und dafür Sorge zu tragen, daß die Bäume der Lohnerhöhung nicht in den Himmel wachsen.

Die Schlußfolgerungen, die in der Abhandlung aus diesen Erscheinungen gezogen werden, decken sich mit der in der Arbeiterpresse oft ausgesprochenen Überzeugung, daß die Auseinandersetzung um die Verteilung des Produktionsertrages nach dem Kriege eine außerordentlich heftige sein wird. Das Kräfteverhältnis dürfte sich dann, heißt es weiter, wesentlich zuungunsten der Arbeiter verschoben haben. Da die prinzipielle Haltung der Unternehmer gegenüber sozialpolitischen Fragen sich nicht geändert hat und auch während des Krieges eine Machtverschiebung an wichtigen Punkten stattfindet (Schwächung der Arbeiterverbände an Mitgliedern und Finanzkraft, Stärkung der Unternehmerverbände durch Erholung und Ausbau), kann der Ernst der Situation für die Arbeiterschaft nach dem Kriege nicht bezweifelt werden.

Zur Erhärtung dieser Auffassung verweist die Abhandlung auf die ablehnende Haltung der Unternehmerverbände in zwei Fragen, die während des Krieges an Bedeutung gewonnen haben: die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung. In bezug auf die sozialpolitische Entwicklung im allgemeinen wird in den führenden Unternehmerkreisen die gemütvollte Ansicht erneut mit Eifer verfochten, die sozialpolitische Fürsorge verweidliche nur das Volk und lähme seine Energie. Schon jetzt protestieren die Unternehmerorgane dagegen, daß aus den Opfern irgend eines Standes oder einer Klasse im Kriege der Anspruch auf Berücksichtigung in der Gesetzgebung gefolgt werde. Die Unmöglichkeit, größere soziale Lasten zu tragen, wird wieder einmal unter-

strichen. Mit größerer Schärfe noch als die »Arbeitgeberzeitung« soll offenbar das in Hamburg neu erscheinende Organ »Recht und Arbeit« diesen Standpunkt vertreten, das sich gegen »überstürzten Luxus und überspannte Bedürfnisse« (natürlich der Arbeiter) wendet und von den sozialen Reformen sagt, sie hätten zur Sorglosigkeit geführt.

Um die Bahn freizuhalten zur rücksichtslosen Bekämpfung der Arbeiterinteressen wird der Krieg von der Unternehmerpresse rein politisch statt wirtschaftlich zu erklären versucht. Die ökonomischen Interessen sind daher nur Material, nicht Ursache und Zielpunkt des Krieges. Mit der Einräumung, daß der Kampf um den Weltmarkt in diesem Krieg die erste Rolle spielt, würde ja auch die Belastung des Unternehmergewinns mit Kriegsteuern und erhöhten Löhnen nur erleichtert. Die Unternehmerpresse redet daher von der »Zurückgewinnung des inneren Deutschtums«, des »deutschen Geistes« durch den Krieg. Wie den wirtschaftlichen, so soll auch den politischen Ansprüchen der Arbeiter damit vorgebeugt werden. Die »Arbeitgeberzeitung« gewinnt »aus der ersten Schule des Krieges die stärksten Argumente gegen weitere Demokratisierung unseres Staatswesens«. — Genug mit diesen Stichproben.

Das Bild, das der Aufsatz in Jaffés Archiv entwirft, überrascht uns nicht. Wir wissen, daß der Krieg die Klassengegensätze eher vertieft als beseitigt. Die dialektischen Künste der Unternehmerpresse bestärken uns nur in dieser Auffassung. Wir stützen unsere Zukunftshoffnungen nur auf unsere eigene Kraft und erhoffen trotzdem eine »Neuorientierung«. Die Scharfmacher freilich, werden sich nicht neu orientieren, und wenn doch, so nur in reaktionärem Sinne. Hunderttausende Bedrückte und Ausgebeutete aber werden sich neu orientieren. Nachdem ein Berg von Vorurteilen abgetragen und die Scheuklappe bei unzähligen Klassengenossen gefallen sind, werden die in unseren Reihen gerissenen Lücken bald wieder ausgefüllt sein. Die wachsende Kraft der Arbeiterbewegung wird sich alsdann die wirtschaftliche und politische Stellung zu erkämpfen wissen, auf die diejenige Volksklasse begründeten Anspruch hat, ohne deren Opfer das Volk zerschmettert worden wäre.

Rundschau.

Geschäftsergebnisse. In der Generalversammlung der Akt.-Ges. für pharmazeutische Bedarfsartikel vormals *Georg Wenderoth in Cassel* wurde die Dividende auf 2,0 festgesetzt (i. Vorjahr 4,00). Die Verwaltung teilte mit, daß die Aufträge sich weiterhin gesteigert haben und alle noch verbliebenen Arbeitskräfte voll beschäftigt werden können. — Die Firma *E. A. Schwerdtfeger & Co. Akt.-Ges. in Berlin* weist für 1914/15 aus dem Warengeschäft einen Ertrag von 253,414 Mk. (1913/15 = 469,333 Mk.) aus. Es ergab sich nach Verrechnung der Ausgaben und des Gewinnvortrages von 8919 Mk. (1913/14 485 Mk.) ein Verlust von 101,099 Mk. gegen 9419 Mk. Überschuß im Jahre 1913/14. Nach Verrechnung der Rücklage von 3500 Mk. wird der Rest-Verlust-Betrag von 97,599 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsbericht bemerkt, daß der Krieg eine wesentliche Einbuße am Umsatz verschuldet habe. Über die ausländischen Vertriebsstellen der Firma liegen seit Kriegsausbruch Zahlen nicht vor. Die Aussichten für das laufende Jahr lassen sich noch nicht übersehen.

Otto Eckmann-Gedächtnis-Ausstellung in Hamburg. Eines viel zu früh für das graphische Stilreformers Werke, werden gegenwärtig im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg ausgestellt. Otto Eckmann, ein geborener Hamburger, kam über Nürnberg, wo er hauptsächlich im »Germanischen Museum« die kunstgewerblichen Werke der alten Meister studierte, und über München, wo er einer der ersten und besten Mitarbeiter der »Jugend« war, nach Berlin an das Kunstgewerbemuseum als Lehrer. Leider starb dieser Kunstgewerbetler 1902 viel zu früh für das deutsche Buchgewerbe. Das reichhaltige ausgestellte Material ist meistens Eigentum des Museums für Kunst und Gewerbe in Hamburg. Die Ausstellung ist in nachstehende Gruppen eingeteilt: Kunstblätter und Naturskizzen, Raumschmuck, Buchgewerbe, Schrift. Besonders hat Eckmann sein Bestes in Erneuerung stilvoller Schrift geleistet und ist die

»Eckmann Schrift« sehr bekannt geworden. Aber auch im gesamten Buchschmuck war Eckmann ein kühner Neuerer, der auf den alten deutschen Buchschmuck aufbaute. Es sei hier nur an die Umschläge zu Gerhard Hauptmanns Dichtungen (Buchausgaben) erinnert. Berlin hat jetzt eine Menzel-Ausstellung und Hamburg die Eckmann-Ausstellung. Beide Ausstellungen verdienen den größten Besuch der Kollegen.

Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, ihre zweckmäßige Verteilung und die Festsetzung angemessener Preise sind noch immer die wichtigsten innerpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen. Hängt doch von ihrer richtigen Lösung zu einem guten Teile der glückliche Ausgang des Krieges mit ab. Wir sind darin sicher schon ein gutes Teil vorwärts gekommen, aber es müssen doch immer wieder viele Schwierigkeiten, die sich einer glatten Lösung von neuem entgegenstellen, überwunden werden. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hatte daher auch in der letzten Zeit reichliche Gelegenheit, für die Interessen der Verbraucher energisch einzutreten. Er hatte u. a. in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern zur Behebung des recht unangenehmen Schweinefleischmangels eine Reihe zweckdienlicher Maßnahmen vorgeschlagen. So verlangte er das Verbot des Vorverkaufs und die Einführung von Schlufscheinen im Viehhandel, eine natürliche Staffellung der Fleischpreise, die Beschränkung der Fleisch- und Wurstverarbeitung und Festsetzung von Preisen für Wurstwaren, die in einem angemessenen Wertverhältnis zum Frischfleisch stehen. Auch bei Rindern und Rindfleisch hält er die baldige Einführung von Höchstpreisen für unbedingt erforderlich. Der Ausschuß wandte sich auch energisch gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuckerfabrikanten auf Erhöhung der Zuckerpreise um weitere 25 Prozent. Er wies dabei besonders auf die große Bedeutung des Zuckers als Fettersatz hin und bezeichnete die angestrebte Erhöhung angesichts der außerordentlichen Gewinne der Zuckerfabriken als durchweg unberechtigt. Man kann wohl annehmen, daß die Zuckerinteressenten mit ihren Verteuerungsbestrebungen keinen Erfolg haben werden. — Nachdem neuerdings auch Höchstpreise festgesetzt wurden, macht sich eine große Unzufriedenheit darüber bei den Gemüsegroßhändlern bemerkbar. Sie behaupten, daß für die festgesetzten Preise kein Gemüse vom Auslande eingeführt werden könne. Demgegenüber machte der Kriegsausschuß geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahre üblichen Preisen stehen, trotzdem auch da schon anormale Zeiten waren und die vorjährigen Preise ebenfalls schon über den in der Friedenszeit üblichen Preisen standen. Man könne daher kein allzu großes Gewicht auf die Stimmung der Großhändler legen. Wenn der Handel versagt, müßten die Gemeindeverwaltungen eintreten und die ausreichende Beschaffung von Gemüse sichern.

Gesuche an das Kriegsministerium. Beim Kriegsministerium in Berlin gehen unangesezt Gesuche und Beschwerden über Familienunterstützungen, Miet- und Wochenbeihilfen, auch Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien ein. Mit der Gewährung von Unterstützungen dieser Art hat das Kriegsministerium nichts zu tun. Die Anträge erleiden durch ihre Weitergabe an die zuständigen Stellen nur Verzögerungen, womit den Antragstellern sicherlich nicht gedient ist. Gesuche von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften um Gewährung von Unterstützungen auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 sind ebenso wie Gesuche um Mietbeihilfen an die Lieferungsverbände (Landrat oder Magistrat) zu richten. Ansprüche auf Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien sind bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Gesuche um Wochenhilfen wolle man an die Krankenkassen oder falls Mitgliedschaft nicht besteht, an die Lieferungsverbände richten. Beschwerden sind dem Regierungspräsidenten oder, wenn sie sich gegen ihn selbst richten, dem Minister des Innern einzureichen. Für außerpreußische Gebiete sind die Landesministerien zuständig.

Keine Altersrente nach 65 Jahren. Die Bestimmung nach welcher auf Grund der Invaliditäts- und Altersversicherung der Anspruch auf Altersrente erst mit dem zurückgelegten 70. Lebensjahre erworben wird, ist von jeher stark umstritten worden. Auch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ist erneut beantragt worden, die Altersgrenze auf 65 Jahre herabzusetzen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr insbesondere hat schlußig nachgewiesen, daß die aufgestellten amtlichen Berechnungen fehlerhaft sind, und daß es möglich sei, schon mit 65 Jahren die Altersrente zu gewähren, ohne deshalb die Versicherungsbeiträge zu erhöhen. Alles, was damals zu erreichen war, war das Versprechen, die Sache nachzuprüfen. In das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung wurde der Artikel 84 aufgenommen, welcher den Bundesrat verpflichtet, im Jahre 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen. Bei dem demnächstigen Zusammentritt des Reichstages müßte ihm eine entsprechende Vorlage zugehen. Der Bundesrat

hat sich am 4. November mit der Frage beschäftigt, und in einer offiziellen Notiz heißt es darüber, es sei beschlossen worden, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Vorlage für den Reichstag zurzeit nicht zu empfehlen. Die Herabsetzung der Altersgrenze würde eine Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung notwendig machen und eine Mehrbelastung des Reichs mit einem Reichszuschuß zur Folge haben. Beides könne im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet werden. Es ist gewiß erfreulich, daß der Bundesrat auf sparsame Wirtschaft bedacht ist, eigenartig berührt es aber doch, daß mit der Sparsamkeit gerade an dieser Stelle angefangen werden soll. Für die Weiterführung der Sozialpolitik nach dem Kriege eröffnet diese Stellungnahme des Bundesrats keine günstigen Aussichten. Im Reichstag wird wohl erneut der Nachweis geführt werden, daß die versicherungstechnischen Unterlagen für die Haltung des Bundesrats falsch sind, aber die Aussichten für die Herabsetzung der Altersgrenze bleiben trotzdem gering. Selbst wenn der Reichstag einen entsprechenden Beschluß fassen sollte, müßte auch der Bundesrat für ihn gewonnen werden, wenn er Gesetzeskraft erlangen sollte. Nach dem mitgeteilten Beschluß ist es aber wenig wahrscheinlich, daß diese Körperschaft ihren Standpunkt ändern wird.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914.

Die statistische Beilage des »Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« vom 4. Dezember bringt eine statistische Übersicht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914. In ihren Ergebnissen ist jedoch diese Statistik mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar. Die Einberufungen zum Kriegsdienst haben die Gewerkschaften und damit auch ihre örtlichen Verbindungen, die Kartelle, an Mitgliedern stark geschwächt. Der Entzug der besten Kräfte mußte geradezu lähmend besonders auf die Tätigkeit der kleineren und mittleren Kartelle wirken. Die Folge ist denn auch ein starker Ausfall von Kartellen aus der Jahresstatistik 1914. Von 833 Kartellen, die am Ende des Jahres 1913 im Kartellverzeichnis der Generalkommission eingetragen waren, berichteten nur 578; 13 Kartelle gingen infolge Zusammenschlusses oder durch Auflösung ein. Den Kartellen waren 7847 Gewerkschaften angeschlossen, 183 Zweigvereine der Zentralverbände standen ihnen fern.

Nicht so erheblich als es nach dem Versagen von 242 Kartellen bei der Erhebung erscheinen könnte, ist die Zahl der von der Statistik nicht erfaßten Gewerkschaftsmitglieder. Am 1. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, hatten die berichtenden Kartelle zusammen 2133 890 und am Jahres-schluß 1384355 Mitglieder. 656229 Mitglieder = 30,9% der am 1. Juli vorhanden gewesen waren wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Demnach ist bei den berichtenden Kartellen noch ein über die Zahl der Eingezogenen um rund 93300 Mitglieder hinaus gehender Mitgliederverlust eingetreten. Ein erheblicher Teil dieses Abganges wird aber noch auf Konto der Einberufungen gesetzt werden können.

Von den acht vor Kriegsausbruch in Elsaß-Lothringen vorhanden gewesen Kartellen berichtete nur eins, und zwar Metz. Von den schwer heimgesuchten Provinzen Ost- und Westpreußen fehlen in der Statistik die Kartelle Culmsee, Graudenz, Gumbinnen, Insterburg und Zoppot.

An den Einrichtungen, die der allseitigen Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung am Orte dienen, als da sind: Gewerkschaftshäuser, Herbergen, Bibliotheken, Lesezimmer, Rechtsauskunftsstellen etc. hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. — Allgemeine Versammlungen wurden 1138 und berufliche 519 von den Kartellen veranstaltet, der größere Teil davon wird auf das erste Halbjahr 1914 entfallen.

Die eigentliche Tätigkeit der Kartelle auf dem gewerkschaftlichen Gebiete wurde durch den Krieg jah unterbrochen, ihnen aber auch zugleich damit eine Reihe neuer besonderer Aufgaben zugewiesen. Gleich zu Anfang des Krieges galt es, die Gemeinden zur weitgehendsten Beihilfe zur Unterstützung der Familien der Eingezogenen und der Arbeitslosen zu veranlassen. Die Kartelle mußten hierbei in den Gemeinden mit die treibenden Kräfte bilden. Zwei von der Generalkommission veranstaltete umfangreiche Erhebungen über die Kriegsfürsorge stützten sich hauptsächlich auf die Mitarbeit der Kartelle. Als durch Notgesetz vom 4. August 1914 die reichsgesetzlich geschaffene Krankenversicherungspflicht der Hausindustriellen aufgehoben wurde, erwuchs den Kartellen die weitere Aufgabe, an ihren Orten dahin zu wirken, daß durch Einführung von Ortsstatuten die weitere Versicherung bei den Kassen ermöglicht wurde. In der Betreibung der Arbeitslosenfürsorge mußte bei den Gemeinden

auf die Errichtung von Arbeitsnachweisen gedrängt werden. Auch die Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und schließlich auch der Kampf gegen die Preistreiberei bei den notwendigsten Lebensmitteln erforderten die stärkste Anteilnahme der Kartelle. Die Skizzierung dieser Kriegsaufgaben gibt natürlich kein die Wirklichkeit erschöpfendes Bild, aber sie läßt die große Mühewaltung der Kartelle bei Lösung dieser Aufgaben erkennen, die um so höher zu bewerten ist, als auch ihnen durch Einberufungen zahlreiche, tätige Köpfe entzogen werden.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 560 Kartelle. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 1668336 Mk. darunter an Beiträgen 1084580 Mark und an sonstigen Einnahmen 583756 Mark. Der Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von insgesamt 1779185 Mk. gegenüber, sie übersteigt die Einnahme um 110849 Mk. Damit verminderte sich auch in der gleichen Höhe das Kassenvermögen auf 963211 Mk. Von einer großen Anzahl Kartelle wurden auch Mittel zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern und Arbeitslosen aufgebracht. Die Feststellung ergab eine Gesamtsumme von 55664 Mk., die für diese Zwecke aufgebracht und verwandt wurden.

Über die Kartelle der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen keine Angaben für 1914 vor.

Die größeren festgefügteren Kartelle der Zweigvereine der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben das Kriegsjahr 1914 verhältnismäßig gut überstanden und bei der Lösung einer ganzen Reihe wichtiger, durch den Krieg entstandener Aufgaben im Interesse des werktätigen Volkes tatkräftige Hilfe geleistet. Mit dem Eintritt des Friedens werden die Kartelle auch wieder ihre eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben im vollen Umfange aufnehmen und durch ihre Tätigkeit mit dazu beitragen, daß in der neuen Entwicklungsperiode die Gewerkschaftsbewegung zur höchsten Blüte und Machtentfaltung gelangt.

Ortsberichte.

Chemnitz. Einen guten Verlauf nahm unsere letzte Monatsversammlung, die am 11. Dezember stattfand und von 32 Kollegen aller Berufssparten besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte unser Vorsitzender, Kollege Toti, zweier weiterer Opfer des grausamen Völkerrkrieges, der Kollegen Jentsch und Steudel, deren Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Kollege Pfütze vom Buchbinder-Verband referierte als Vorsitzender der vom Chemnitzer Gewerkschaftskartell gewählten »Kommission für Arbeitsvermittlung« über die Arbeitsnachweisfrage. Nach einigen einleitenden Bemerkungen kam der Redner auf den in Nr. 49 der Graph. Presse erschienenen Artikel über »Die Konferenz der deutschen Gewerkschaftsvorstände« zu sprechen und hob das Wichtigste noch einmal daraus hervor. Wenn die Soldaten aus dem Felde zurückkehren, wird die Arbeitslosigkeit einen ganz enormen Umfang annehmen. Die Regierung wälzt die Schaffung der Arbeitsnachweise auf die Stadtbehörden ab. Das hiesige Gewerkschaftskartell hat mit der Chemnitzer Stadtverwaltung verhandelt. Die Mittel könnten etwa jährlich pro Kopf 10 Pf. betragen und der Einfachheit halber eventuell durch die Ortskrankenkasse mit erhoben werden. Die Erhaltung würde auf Kosten der Stadt geschehen. Der Referent hatte, um seine Ausführungen verständlicher zu machen, die Leitsätze und die Ausarbeitung der Gliederung (Fachabteilungen) in gedruckten Exemplaren an die Versammlung verteilt. Die Vertreter der Stadt wollen nun noch einmal mit den Unternehmern Rücksprache nehmen. Diese werden aber wenig Lust haben, ihre Unternehmerarbeitsnachweise, die doch zu gleicher Zeit großartige Maßregelungsbureaus sind, preiszugeben. Auch von seiten unseres Verbandes wird der paritätische Arbeitsnachweis angestrebt. Wir könnten uns also ruhig dem städtischen Arbeitsnachweis anschließen und könnten trotzdem den vom Hauptvorstand beschrittenen Weg einschlagen, denn es fände dann in der Hauptsache nur ein Wechsel des Lokales statt. Bei der Besprechung des Tarif-Arbeitsnachweises bedauerte der Redner stark, daß der »Klimische Anzeiger« so von Annoncen wimmle, und er bringt einige Beispiele, wie hier Abhilfe zu schaffen sei. Wir müssen die Augen offen halten; die Arbeitsnachweisfrage darf nicht wieder von der Bildfläche verschwinden. Eine Diskussion fand nicht statt. Jedenfalls wird diese Sache noch einmal in der nächsten Versammlung zur Sprache kommen. — Hierauf referierte der einstmalige Kollege, Naturheilkundiger Sadse über »Scheinwerte des Lebens«. Der Mensch — führte der Vortragende aus — ist ein Produkt seiner Verhältnisse, aber die Verhältnisse sind auch Produkte des Menschen. Es gibt verschiedene Werte: Naturwerte (Sonne), Arbeitswerte (Werkzeuge), Bodenwerte (Obst, Gemüse), Vorratswerte (Scheunen) usw. Vom Urzustand ausgehend, entwickelte der Referent — seine Ansichten fesselnd Vortragend — die Entstehung der Menschen bis zur Jetztzeit und kam dabei auf die Mehrarbeitswerte zu sprechen, hervorgerufen durch den Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, und die Ideal- und Gemütswerte,

er führt hierbei Tolstoi, Bebel, Christus u. a. an. Er hat nicht ganz unrecht, wenn er bei der Betrachtung über manche Geschmacksrichtungen und Kulturdummheiten sagt: »Der Herrgott wollte sich ein Witzblatt machen, da schuf er die Menschen!« Lauter Beifall zeigte dem Redner, daß seine Ausführungen dankend aufgenommen wurden. Auch hierüber fand keine Diskussion statt. — Betreffs der Weihnachtsunterstützung wurde auf Antrag beschlossen, durch freiwillige Sammlung, die bei den wenigen noch arbeitenden Kollegen einen guten Erfolg gezeitigt hat, den im Felde stehenden über 100 Kollegen eine kleine Liebesgabe in Form von Zigarren zu senden, die jedoch erst nach Weihnachten erfolgen wird. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Allen Kollegen, die mit dazu beigetragen haben, um unseren Kriegern eine kleine Freude zu bereiten, sei hiermit nochmals herzlich gedankt. Den Kollegen aber, und es sind vor allem jüngere, die an keiner Veranstaltung des Vereins mehr teilnehmen, möchte ich zurufen: »Mehr Interesse, damit Ihr es später nicht zu bereuen habt!«

W. F.

Mannheim. Die am 27. November stattgefundene Versammlung erhielt ihren Wert durch einen, vom Kollegen Klare gehaltenen Vortrag über »Krieg und Arbeiterschaft«. Nachdem sich die Anwesenden zuvor zu Ehren des langjährigen Vorstandsmitgliedes Kollege Drangals, Photograph, der den Heldentod gefunden, sich von ihren Sitzen erhoben hatten, und nachdem der Vorsitzende die Arbeitsnachweis-Bestimmungen des Haupt-Vorstandes verlesen und erläutert hatte, sowie der Kassenbericht vom 3. Quartal, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 448,70 Mk. balanziert, zur Kenntnis genommen war, bradte Kollege Klare seinen Vortrag zu Gehör. Er führte ungefähr folgendes aus: Das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hatte zu Kriegsbeginn im Ausland allgemein überrrascht. Aber hierzu lag gar kein Anlaß vor, denn für notwendige Reichsausgaben waren beide Körperschaften stets zu haben, nur die übertriebenen Rüstungsausgaben lehnten sie konsequent ab. Als im August 1914 die Millionenheere unserer Feinde sich anschickten, unser Vaterland zu überschwemmen, war es daher heilige Pflicht, das Reich zu schützen. Das erbärmliche Vorhaben der Engländer, uns durch den Wirtschaftskrieg auszunutzen zu wollen, konnte nur bewirken, daß sich die verschiedenen Volksschichten enger aneinander schlossen und den Willen stärkte, die Madenschaften unserer Feinde zu Schanden zu machen. Die Internationalität schließt nicht aus, das Nationalgefühl zu betätigen, was durch frühere Aussprüche von Parteiführern, die Redner zitiert, bewiesen wurde. Zwar hat die Sozialdemokratie stets und mit allen Mitteln gegen den Krieg gearbeitet, aber als das Vaterland in Gefahr geriet, folgten alle dem Rufe desselben. Dies war nicht nur bei uns der Fall, nein, derselbe Vorgang zeigte sich auch bei unseren Widersachern. Aber der Ausgang dieses unheilvollen Weltkrieges hängt nicht allein von den Waffen, sondern in erster Linie von dem Pflichtgefühl der Massen ab. Die vorbildliche Organisation der deutschen Gewerkschaften schon vor dem Kriege war hierzu eine gute Schule und hat sich trefflich bewährt. Ebenso hat die Presse, welche sich eines großen Vertrauens erfreut, bewirkt, daß der Unwille über die Teuerung nicht zu wilden Ausbrüchen ausartete. Trotzdem die Erringung von Vorteilen in diesen bewegten Zeiten ein leichtes gewesen wäre, haben die Arbeiter den Burgfrieden gewahrt und die führenden Männer der Partei und Gewerkschaften sich gern und opferbereit in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt. Die große Frage ist nun die: wie wird sich die innere Politik nach dem Kriege gestalten? Eine Neuorientierung wird und muß auf alle Fälle eintreten. Dazu gehört vor allem »Einheit und Tatkraft«. Gar mancher Wust und Unrat muß hinweggefegt werden, wozu besonders alle Ausnahmestellen gehören. Ebenso müssen die sozialen Unterschiede fallen, wobei der Vortragende besonders auf den Aufsatz in der »Voss.-Ztg.« »Einst galt« aufmerksam machte. Zu den wirtschaftlichen Fragen übergehend, bemerkte der Redner, daß ungeheure Werte durch den Krieg verloren gegangen seien, die durch neue Arbeit ersetzt werden müßten. Aber die Gütererzeugung müßte um der Menschen, nicht wie vorher, es dürfe kein Raubbau an der menschlichen Arbeitkraft verübt werden. Für einzelne Berufe, und unter diesen auch der unsrige, wird ein Hochkommen große Schwierigkeiten verursachen, doch unter dem verständigen Geist, der hoffentlich die Zukunft beherrscht, wird man die Klüft überbrückt werden. Die schwierigsten Reformen stehen allerdings auf dem Gebiete des Finanzwesens und der Wehrpflicht bevor, und mit ganzer Energie müßten wir uns auf alle Eventualitäten vorbereiten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Nachdem noch beschlossen war, den im Felde stehenden Kollegen eine Weihnachtsgabe zu übermitteln, deren Kosten durch die Lokalkasse und einer Haussammlung gedeckt werden soll, fand die Versammlung $\frac{1}{2}$ 11 Uhr ihr Ende.

M. D.

Feuilleton.

Der Kalender der Arbeiterschaft.

Das neue Jahr brachte der deutschen Arbeiterschaft ein Geschenk, dessen sie sich mit ganzem Herzen freuen kann. Der »Vorwärts-Kalender« ist wieder erschienen. Ein gutes und schönes Werk zugleich, dabei aber kein Luxus, sondern ein Bedürfnis im vollsten Sinne des Wortes! Denn der »Vorwärts-Kalender« ist das einzige zeitgenössische Druckwerk, welches alle Gedenktage der Arbeiterschaft gewissenhaft verzeichnet und im Verein mit seinem reichen statistischen Material eine fortlaufende Chronik der Arbeiterklasse darstellt. Bescheiden klopft zwar unser Jahresbote unter dem schlichten Titel »Sozialdemokratischer Abreißkalender« nun schon das vierte Mal an die Türen der Arbeiterwelt, und wer ihm Einlaß gewährt, merkt gar bald, welch köstlichen Gast er empfangen. Er ist nicht nur ein Wandkalender, ein Jahresfahrplan wie so viele andere, sondern ein treuer Kamerad, ein Merker des Schönen und Guten, ein wackerer Kämpfer im Streit unsrer edlen Sache. Willkommen, doppelt willkommen in unsrer Zeit! Sein Kleid ist schlicht und einfach. In weichen, vornehmen braunen Farbentönen bringt der »Vorwärts-Kalender« den großen Gedanken der Erlösung aus starrer Wintermacht, die Sehnsucht nach Frieden, Licht und Freiheit zum Ausdruck: Ein abgemähtes Weib, eine Mutter mit dem Säugling an der Brust, rastet im verschneiten Land, während ihr Blick sich in die Ferne richtet, nach den blühenden Gefilden des Frühlings. Dort, jenseits der Not und des Leides schreitet ein Knabe zur Quelle, die aus blühendem Grunde springt. Es ist der Born des Lebens, die Zukunft sein silberklarer Strahl. Hell und freundlich hebt sich der gelblich getönte Tagesblock von der in Kupfer-Tiefdruck ausgeführten Rückwand ab. Die Vorderseiten seiner Blätter zeigen in großer, deutlicher Ziffer Datum, sowie Tag und Monat an. In kultureller oder politischer Beziehung wichtige Geschehnisse werden hier erwähnt, ebenso Tageslänge und Mondwechsel. Ordnungszahlen für Woche und Tag und der übliche Raum für Notizen vervollständigen das Kalenderblatt. Am wertvollsten sind der Inhalt der Rückseiten. Diese 366 Blätter geben dem Parteigenossen, dem Gewerkschafter, dem Arbeiter und seiner Familie vor allem ein umfassendes Bild über den augenblicklichen Stand und die Erfolge seines Aufwärtstringens. Ernst Preczang, der in Arbeiterkreisen weit und breit bekannte parteigenössische Schriftsteller, hat hier mit unendlicher Mühe und peinlichster Sorgfalt ein Werk geschaffen, dem Besseres kaum an die Seite gestellt werden kann. In zahlreichen Tabellen und Statistiken wird das Wachsen und Werden der Arbeiterorganisationen aller Länder und Völker, ihr langsamer aber sicherer Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Macht dargelegt, wobei die freien Gewerkschaften Deutschlands ganz besonders eingehend behandelt wurden. Hier ist es wieder die Einwirkung des Krieges auf Mitgliederstand, Kasseneinbarung, Unterstützungswesen, Fachpresse und Werbekraft der einzelnen Organisationen, welche das Interesse jedes Arbeiters erregen. Nicht weniger Aufmerksamkeit wird der Konsum- und Genossenschaftsbewegung zuteil. Zwischen durch aber findet sich eine Fülle gut gewählter Zitate und Aussprüche berühmter Männer, Sprüche, Gedichte erster und heiterer Art. Die Führer und Lehrer des Sozialismus sind natürlich ihrer Bedeutung gemäß vertreten, daneben kommen aber auch die Lächer und Spötter zu Ehren, unter denen einer, Glaubrenner, so liebevoll singt:

Ach, zwei Wünsche wünscht' ich immer
leider immer noch vergebens,
und doch sind's die innig-frommsten,
schönsten meines ganzen Lebens!
Daß ich alle, alle Menschen
könn' mit gleicher Lieb umfassen —
und daß ein'ge ich von ihnen
morgen dürfte hängen lassen. —

Diese Sammlung ist ein Neujahrsgeschenk, würdig der deutschen Arbeiterschaft. Und darum sollte sie sich ihres Kalenders recht oft erinnern, sollte ihm eine Heimstatt gewähren in jedem Partei- und Gewerkschaftsbureau, in jedem Versammlungslokal, in jedem Arbeiterheim, kurz und gut in jedem Raum wo Arbeiter aus- und eingehen. Der »Vorwärts-Kalender« ist 30 x 40 Zentimeter groß und zum Preise von 1,50 Mk. zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung oder gegen Voreinsendung des Betrages auch direkt vom Verlag Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zu kaufen gesucht gebrauchte, gut erhaltene

Pappschere

Schnittlänge ca. 100 cm, Tischbreite 100 cm, maximal 2 x 2 m Raumbedarf mit verstellbarem Quer- und Längswinkel, eiserner Tischplatte, Schmalschneider, doppelter Zahnstangenführung und Parallelstellung des Vorderanschlages, mit genau paralleler Pressung. Angebote mit Angabe der Herkunft und des Preises unter Z. 2 an die Expedition.

